

**Antrag:**

**Die Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE am 14. und 15. April 2018 möge beschließen:**

Die Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik stellt den nachstehenden Antrag an den Bundesparteitag

**Antrag an den Bundesparteitag**

**Aufrüstung, Rüstungsexport und Folgen für Menschen mit Behinderungen**

**Der Parteitag möge beschliessen:**

**DIE LINKE und die Bundestagsfraktion DIE LINKE setzen sich mit aller Kraft dafür ein:**

- dass die Hilfe für geflüchtete Menschen mit Behinderungen in Deutschland und in anderen Ländern verstärkt wird**
- dass die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eingehalten wird und deshalb die vorliegenden Beeinträchtigungen und daraus resultierenden Bedürfnisse schon bei der Aufnahme der Flüchtlinge ermittelt werden**
- dass Deutschland keine Rüstung mehr exportiert**
- dass die Rüstungsausgaben in Deutschland nicht erhöht werden**

**Begründung:**

**Menschen mit Behinderungen sind besonders von den Folgen von Aufrüstung, Rüstungsexport und Krieg betroffen.**

CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, in den nächsten Jahren die Ausgaben für Rüstung fast zu verdoppeln: Der Militärhaushalt von derzeit 37 Milliarden Euro soll auf über 70 Milliarden Euro pro Jahr in den nächsten Jahren erhöht werden! Diese 33 Milliarden Mehrausgaben werden mit drastischen Kürzungen im Sozialbereich finanziert werden, die Kürzungen gehen auf Kosten von Renter\*innen, armen Familien oder auch

gerade von Menschen mit Behinderungen. Schon bei der Verabschiedung und der jetzt folgenden Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes war und ist ein entscheidender Aspekt die Kürzung oder Deckelung von Leistungen für Menschen mit Behinderungen.

Von 2015 bis 2017 wurden unter der CDU-SPD-Regierung so viele Rüstungsexporte gebilligt wie unter keiner Bundesregierung zuvor - auch in Spannungsgebiete. So wurden von 2014 bis 2017 für mehr als 25 Milliarden Rüstungsexporte genehmigt – eine Steigerung von 21% gegenüber der schwarz-gelben Koalition. Die Rüstungsexporte in den Nahen Osten wurden sogar verdoppelt.

Mit den exportierten Waffen werden Kriege unterstützt und geführt. Krieg und die damit verbundenen Misshandlungen, Vergewaltigungen und Folterungen, die daraus folgenden Krankheiten und Hunger führen oft zu Behinderungen: z.B. zu Amputationen auf Grund von Bombenangriffen oder auch Traumatisierungen! Bei den syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen die in Jordanien und im Libanon leben, liegt der Anteil von Menschen mit Behinderungen bei über 20 Prozent.

#### Situation der Flüchtlinge mit Behinderungen in Flüchtlingslagern

„Flüchtlinge mit einer Behinderung sind einem größeren Risiko ausgesetzt, Opfer von Gewalt zu werden, so etwa von sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt, ebenso wie von Diskriminierung. Zudem laufen sie Gefahr, vom Zugang zu humanitärer Hilfe ausgeschlossen zu werden, wie auch von Bildung, Existenzgrundlagen und Gesundheitsversorgung“, so Gunta Anca, Vize-Präsidentin des European Disability Forums bei einer Veranstaltung im Europäischen Parlament.

Menschen mit Behinderungen werden von der humanitären Hilfe oft nicht erreicht, weil sie kaum sichtbar sind. Fortbewegung und Zugang zu Hilfsgütern, Lebensmitteln oder sanitären Einrichtungen sind für sie eine Herausforderung, oftmals auch schlichtweg unmöglich. Die Bedingungen für Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern sind völlig unzureichend: Die oft nicht barrierefreie Unterkunft erschwert es behinderten Flüchtlingen z.B. die Versorgungsstationen für Wasser und Nahrung zu erreichen. Notwendige Hilfsmittel, wie z.B. Rollstühle sind nicht vorhanden, behinderungsbedingte Mehrbedarfe an Wasser, Pflegemitteln oder auch Medikamenten können nicht gedeckt werden.

#### Situation der Flüchtlinge mit Behinderungen in Deutschland

Und obwohl es diesen klaren Zusammenhang zwischen Krieg und Beeinträchtigung gibt, taucht die Gruppe behinderter bzw. beeinträchtigter Flüchtlinge in der gesellschaftlichen Diskussion in Deutschland kaum auf. Dies gilt für die in Deutschland lebenden Flüchtlingen mit Behinderungen als auch für die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer von Kriegsgebieten.

Eine Anfrage der LINKSFRAKTION an die Bundesregierung ergab, daß diese keine Angaben über den Anteil von Menschen mit Behinderungen bei den Flüchtlingen in Deutschland

machen konnte. Dabei fordert die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eine Ermittlung der vorliegenden Beeinträchtigungen und daraus resultierenden Bedürfnisse schon bei der Aufnahme der Geflüchteten!

Die Monitoringstelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte schätzt, daß ca. 15% der in Deutschland lebenden Flüchtlinge beeinträchtigt sind, zwischen 16 und 55% traumatisiert. Und auch in Deutschland ist die gesundheitliche Versorgung, die Barrierefreiheit der Unterkunft von Flüchtlingen mit Behinderungen oft nicht gegeben.